



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Juni 2016
Kantonsratspräsident Franz Wüest

A 139 Anfrage Töngi Michael und Mit. über Steuerausfälle bei juristischen Personen / Eröffnet am: 02.05.2016 Finanzdepartement

Michael Töngi ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Michael Töngi: Anlässlich der Präsentation der Rechnung 2015 hat der Regierungsrat erklärt, dass der Kanton bei den Steuererträgen von juristischen Personen Schwierigkeiten hat, weil das wirtschaftliche Umfeld schwierig sei und aufgrund der Frankenstärke. Der Kanton Bern hat kürzlich ebenfalls seine Rechnung präsentiert. Die zuständige Regierungsrätin, Beatrice Simon, hat erklärt, dass der Kanton Bern bei den juristischen Personen aufgrund des positiven wirtschaftlichen Umfelds Mehreinnahmen erzielt hat. Wir wundern uns deshalb, warum ausgerechnet über dem Kanton Luzern ein kleinräumiges Wirtschaftstief entstanden sein soll. Wir möchten wissen, warum die Steuereinnahmen nicht zunehmen, sondern seit dem Jahr 2013 stagnieren oder sogar zurückgehen. Aus der Antwort des Regierungsrates lässt sich nicht ablesen, mit welchen Schwierigkeiten der Kanton Luzern im Gegensatz zum Kanton Bern kämpft. In der Antwort erscheinen zwar interessante Zahlen, es wird aber offengelassen, wie es um die Ansiedlung von neuen Unternehmungen im Kanton Luzern steht.

Adrian Nussbaum: Die Steuerstrategie ist nicht gescheitert, so wie dies die Grüne Fraktion behauptet. Die Tabelle auf Seite 3 der Antwort zeigt auf, dass die Steuerstrategie funktioniert. Die Steuererträge sind zwar zu optimistisch prognostiziert worden, aber es wäre falsch, deshalb von einem Scheitern der Steuerstrategie zu sprechen. Letzte Woche haben der Nationalrat und der Ständerat die Unternehmenssteuerreform III beschlossen, dadurch wird eine Beurteilung der weiteren Entwicklung im Steuerbereich noch schwieriger. Wir wissen nicht, welche Unternehmen in der Schweiz bleiben und welche sie verlassen werden. Dasselbe gilt für den Kanton Luzern. Bei all diesen Unsicherheiten ist es der falsche Zeitpunkt, um bereits von einem Scheitern der Steuerstrategie zu sprechen. Gerade mit der Chance, aber auch den Risiken der Unternehmenssteuerreform III ist es wichtig, dass der Kanton die eingeschlagene Steuerstrategie beibehält. Eine Erhöhung oder eine Abkehr von der eingeschlagenen Steuerstrategie würde ein denkbar schlechtes Zeichen an die Wirtschaft senden. Zwar sollten mit dem vorgeschlagenen Strategiewechsel 10 Millionen Franken Mehreinnahmen generiert werden, die dadurch zu erwartenden Mehrausgaben würden aber wohl höher ausfallen als der erhoffte Nutzen. Von der linken Seite wird immer wieder kritisiert, dass zu wenig Unternehmer in den Kanton Luzern ziehen und zu wenig Arbeitsplätze geschaffen werden. Vielleicht sollte man aber auch einmal in Betracht ziehen, dass ein unattraktiver Steuerstandort Kanton Luzern nicht nur dazu führt, dass keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern dass bestehende Arbeitsplätze verloren gehen könnten.

Michèle Graber: Die von Michael Töngi gestellten Fragen sind sehr gut, die Antworten der

Regierung schlüssig und zufriedenstellend. 5 Prozent der Unternehmen bezahlen 70 Prozent der Steuern der juristischen Personen. 20 Prozent der Kantonssteuer und 26 Prozent der direkten Bundessteuer entfallen auf Unternehmen, welche erst zwischen 2010 und 2013 gegründet worden sind. Daraus ergeben sich weitere Fragen. Wie standortverbunden sind diese 5 Prozent der Unternehmen? Eine dringliche Anfrage darüber ist eingereicht worden.

Giorgio Pardini: Die Antworten des Regierungsrates erklären meiner Meinung nach, weshalb die Steuerstrategie gescheitert ist. Diese Fragen sind bereits bei der Aufhebung der Unternehmenssteuer gestellt worden. Damals hiess es, mit dem Wegfall der Unternehmenssteuer könnten mehr Firmen angesiedelt und damit Arbeitsplätze generiert und die Wertschöpfung erhöht werden. Diese Versprechungen sind nicht eingetroffen. Das ist nicht verwunderlich, denn neue Unternehmungen siedeln sich nicht in einem Kanton wie Luzern an, der nur noch konsolidiert. Die Antwort zu Frage 5 ist ein bisschen gewagt, wenn nicht gar tendenziös. Ich erinnere daran, dass die Unternehmenssteuerreform nie ein Postulat der Unternehmungen gewesen ist, die Idee dazu stammte von Finanzdirektor Marcel Schwerzmann. Die Unternehmungen werden nicht wegziehen, weil die Unternehmenssteuer erhöht wird. Die grossen Unternehmungen haben im Kanton Luzern einen Steuervorteil, der ihnen in anderen Kantonen nicht gewährt wird.

Franz Räber: Es wundert mich nicht, dass die Antworten des Regierungsrates von den Grünen nicht akzeptiert worden sind. Dauern wird von linker Seite versucht, die erfolgreiche Steuerstrategie des Kantons Luzern schlechtzureden. Dabei wird ausgeblendet, dass die aktuellen Steuererleichterungen, die zwar temporäre Steuerausfälle nach sich ziehen, vor allem Menschen mit tieferen Einkommen und dem Mittelstand zugutegekommen sind. Durch die Steuererleichterungen ist es den Unternehmungen im Kanton Luzern möglich geworden, nötige Investitionen zu tätigen und dadurch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten die Existenz zu sichern. Nicht nur die Zunahme der Steuererträge durch juristische Personen zeigt eine positive Wirtschaftslage an. Das Bruttoinlandprodukt hat im Kanton Luzern gegenüber der Gesamtschweiz mindestens 2,4 Prozent überdurchschnittlich zugenommen. Diese Tatsache stellt der Steuerstrategie des Kantons ein gutes Zeugnis aus. Der Kanton Luzern hat dadurch auch zu einer höheren Arbeitsplatzsicherheit beitragen können, darum liegt die Arbeitslosenquote im Kanton Luzern gemäss BAK Basel unter dem kantonalen Durchschnitt.

Hans Stutz: Mein Vorredner weist auf den Steuererfolg durch juristische Personen hin. Tatsache ist, dass nicht mehr als 9 Prozent der Steuereinnahmen von juristischen Personen stammen. Die Steuererleichterungen sollen Menschen mit tieferen Einkommen und dem Mittelstand zugutegekommen sein. Zur Steuerstrategie gehört aber auch, dass die Steuerbelastung im Kanton Luzern für Menschen mit geringem Einkommen grösser ist als in anderen Kantonen. Vergleicht man ein steuerbares Einkommen von 30'000 Franken in Meggen gesamtschweizerisch, gibt es 900 Gemeinden mit günstigeren Steuern, bei einem steuerbaren Einkommen von 1 Million Franken sind es nur noch 45 Gemeinden. Das zeigt die Verhältnisse für Menschen mit geringem Einkommen im Kanton Luzern. Sie bezahlen die Zeche, vor allem auch mit dem Abbau von Leistungen.

David Roth: Ich bin froh, dass Gaudenz Zemp in seinem Votum zum Postulat P 119 von Marcel Budmiger die Bildungskosten in den Kontext zum Bruttoinlandprodukt gestellt hat, das ist wichtig. Ein Franken ist heute nicht mehr so viel Wert, wie vor 100 Jahren. In anderen Kantonen, die keine Tiefsteuerstrategie eingeschlagen haben, erhöht sich die Anzahl juristischer Personen. Der Kanton Luzern senkt die Steuern für juristische Personen, was durch natürliche Personen kompensiert werden muss. Der Anteil der Unternehmensgewinnsteuer am Gesamtsteuervolumen im Kanton wird tiefer und sinkt ständig. Diese Zahlen gilt es in den Kontext zu stellen. Wenn man bei den Ausgaben des Kantons gleich rechnen würde, könnte man den Kanton schleichend schliessen, weil jeder Franken über die Jahre hinweg weniger Bedeutung hat, da die Bevölkerung wächst.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die Konjunktur ist mehr oder weniger gleich geblieben, aber die Auswirkungen nicht. Ein grosser Kanton hat eine geglättete Ausgangslage, ein kleiner

Kanton entsprechend weniger. Die Clusterbildung führt immer zu Schwankungen. Der Kanton Luzern ist ein mittelgrosser Kanton und kann nicht so gut glätten wie die Kantone Bern oder Zürich. Im Bereich von exportorientierten Firmen hat der Kanton Luzern einen gewissen Cluster und ist deshalb etwas mehr gefährdet als andere Kantone. Hinzu kommt eine zeitliche Verschiebung. Im Kanton Zürich haben die Versicherungen und die Banken keine Steuern mehr bezahlt; bis die Verlustverrechnung vorbei war, dauerte es sieben Jahre. Erst dann bezahlten sie wieder Steuern. Dadurch entstehen solche Verschiebungen. Nun stellt sich die Frage, ob die Firmen bei einer Steuererhöhung wegziehen würden oder nicht. Die Regierung hat nicht behauptet, dass Firmen wegziehen würden, sondern dass ein Wegzug schmerzen würde. Viele Firmen sind sehr mobil und haben weltweite Steuerplanungen, deshalb können sie einen Wegzug aus dem Kanton Luzern schnell in die Wege leiten. Die Wirtschaftsförderung hat keinen Strategiewechsel gemacht, sondern sie hat das Schwergewicht ihrer Arbeit verschoben, indem eine Person vom Bereich Ansiedlungen zur Bestandespflege gewechselt hat. Das hat auch damit zu tun, dass sich Switzerland Global Enterprise vermehrt in denselben Zielmärkten um Ansiedlung in der Schweiz kümmert. Die Skizze auf Seite 4 der Antwort zeigt auf, dass sehr wenige Firmen für den Löwenanteil der Steuern aufkommen. Deshalb muss sich der Kanton gut überlegen, wie er mit diesen Firmen umgehen will. Ziel des Kantons muss es sein, von mehr Unternehmungen als bis anhin Steuern zu erhalten.